

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Sonntag und festlichen Sonntagen...
Reaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13 III.
Verlagspreis: Zwei Markten 2895 und 2896.

Bestellen Sie die „Freiheit“...
Büroverteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13
Verlagspreis: Zwei Markten 2895 und 2896

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Sozialisten gegen Versailles.

Die italienischen Sozialisten gegen den Friedensvertrag.

Nachdem die französischen Sozialisten mit aller Entschiedenheit den Kampf gegen den Versailler Friedensvertrag aufgenommen haben, tritt auch die italienische Sozialdemokratie energisch für die Ablehnung des Friedensvertrages in der Kammer ein. Ein Telegramm des amtlichen Telegraphenbureaus Siefani vom 15. d. M. — das merkwürdigerweise von Wolffs-Bureau nicht verbreitet worden ist — berichtet darüber folgendes:

Die sozialistische Minderheit der parlamentarischen Kommission, die mit der Prüfung des Versailler Vertrages betraut ist, hat der Kammer ein vom Deputierten Nobili verfaßtes Memorandum eingereicht. Sie führt aus, daß die Sozialisten, die von jeher Gegner des Krieges waren, beim Vertragsschluß nicht mitwirken konnten. Wenn die Sozialisten die Macht besäßen, würden sie nicht nur den Vertrag zunichte machen. Das Memorandum hebt hervor, daß Italien die Löhne der Arbeiter und die Produktion der Industrie des Vertrages machen sollte, doch um so mehr, da Italien gegen jeden Sozialismus in der Nachfolge der Wiedergewinnungen an letzter Stelle steht.

Italien wurde gezwungen, alle Rechte in der Verteilung aller notwendigen Rohmaterialien fahren zu lassen. Es müßte feststellen, wie die Territorien und die Wiedergewinnungen der Arbeiter zu verhalten werden. Es wurde vom Sozialismus ausgeschlossen. Bei den durch die Krise erwachenden Verteilungen wurde es vergessen. Seine Interessen wurden mehr als diejenigen eines der Sieger vernachlässigt, nämlich durch die Verteilung eines der Sieger Wiedergewinnungen des Warenverkehrs. Die Sozialisten an der Wiedergewinnung des Warenverkehrs hindern, sei es mit dem Befehl oder mit erzwungenen Mitteln, mit denen es vor dem Krieg bessere Handelsbeziehungen geknüpft hatte, sei es mit einem Velle, von dem es hoffte, in Zukunft solche zu haben.

Das Memorandum führt fort: Warum soll sich Italien durch den Friedensvertrag, aus dem ihm keine Vorteile erwachsen, haben scheitern lassen, eine Teil der Unerschrockenheit und der Gewissenhaftigkeit zu verweigern, und hier es sowohl wirtschaftliche und politische, wie moralische und historische Vorteile stehen lassen? Das Recht der Selbstbestimmung und der Unabhängigkeit der Völker ist verweigert worden. Der lange herbeigesehnte Völkerverbund ist nicht anders geworden als ein Kampfbündnis zwischen einigen Imperialisten auf der einen Seite und der ganzen übrigen Welt auf der andern. Wenn nicht alle Nationen, vor allem die Völker, dem Völkerverbund beitreten und die Entschlossenheit zeigen, dem Völkerverbund beizutreten, was nützt dann ein Völkerverbund?

Das Memorandum führt weiter aus, daß die Sozialisten dem Völkerverbund nicht gänzlich gefolgt sein können, da sie die Wiedergewinnungen haben, daß die internationale Gerechtigkeit nur in einem Völkerverbund, der sich auf die Arbeit stützt, geübt werden kann. Der Versailler Vertrag hat nicht einmal den Interessen der Arbeiter zu Gunsten gewährt, was für den Völkerverbund die italienischen Delegierten die Notwendigkeit verstanden haben. Die sozialistische Parlamentariergruppe will, indem sie der Kammer beauftragt, den Vertrag abzulehnen, nicht die Zustimmung der Kammer zu ihren Prinzipien verlangen, sondern sie wollen, daß das italienische Parlament erkläre, daß Italien von allen andern Nationen das Recht hat, mit dem Ergebnis des Krieges nicht zufrieden zu sein.

Trotz der Konzeptionen, die in der obenstehenden Erklärung den Anschauungen der bürgerlichen Parlamentarier gegenüber gemacht worden sind, geht aus ihr doch der entschiedene Wille der italienischen Sozialisten hervor, durch Ablehnung des Friedensvertrages eine Revision des Versailler Friedens herbeizuführen. In viel stärkerer Weise als dies in der Erklärung der sozialistischen Kommission zum Ausdruck kommt, spricht die gesamte sozialistische Presse Italiens ihre Empörung über den Versailler Frieden aus. Die italienischen Sozialisten, die italienischen Arbeiter sind sich darin einig, daß sie den entscheidenden Kampf gegen diesen Friedensvertrag aufnehmen müssen und daß die Erringung der politischen Macht für sie gleichbedeutend ist, mit der sofortigen Aushebung des Gewaltfriedens von Versailles und St. Germain.

Auf demselben Standpunkt wie die italienischen Sozialisten stehen auch unsere Genossen in England und Frankreich. Der soeben stattgefundene französische Parteitag hat den Abgeordneten in der Kammer die Ablehnung des

Friedensvertrages zur Pflicht gemacht und der imperialistischen Regierungspolitik härtesten Kampf angefaßt. Auch in England bricht sich die Erkenntnis der Notwendigkeit des proletarischen Kampfes gegen den Gewaltfrieden mehr und mehr Bahn. Die proletarischen Kolonnen sammeln sich, um den Sklavenhalter in Paris, London und New York die politische Macht zu entreißen und das Proletariat zum Siege zu führen. Nur mit diesem Siege, der die Zukunft der Welt in sich trägt, wird der Gewaltfrieden von Versailles beseitigt und auch dem deutschen Proletariat der Weg zum endgültigen Siege über den Kapitalismus eröffnet werden.

Auch Belgien rührt sich!

Amsterdam, 19. September.

„Telegraaf“ meldet aus Brüssel, daß die belgische sozialistische Partei unter der Führung „Kampf um die Regierungsgewalt“ in die Wahlen gehen wird. Jeder Gedanke an eine Koalitionsregierung wird zurückgewiesen. Die Hauptpunkte des sozialistischen Programms werden sein: Verstaatlichung der Kohlenbergwerke und eine radikale Lösung der Sprachfrage durch Erfüllung der geforderten Forderungen der Flamen.

Sozialistische Proteste in der französischen Kammer.

T. U. Paris, 19. September.

Die letzten Beratungen über den Friedensvertrag in der französischen Kammer nahmen einen stürmischen Verlauf, namentlich infolge einer Rede des Berichters der neuen sozialistischen Mehrheit, Longuet, welcher sich mit Barthelemy über die Haltung der deutschen Sozialisten während des Krieges auseinandersetzte. Verschiedene Zwischenfälle veranlaßten Debatte zu der Debatte, die Stimmung aufzuheben. Longuet protestierte gegen die Richtungslosigkeit Deutschlands und gegen die Isolierung Oesterreichs. Er forderte die Unabhängigkeit Italiens und behauptete weiter, daß eine amerikanische Sondergesandtschaft unter Leitung von Lloyd George Friedensanträge an Lenin gestellt habe. Clemenceau widersprach sich hier in die Debatte und erklärte, daß, wenn Lloyd George dies getan hätte, er nicht mit jemandem darüber gesprochen habe. (Gelächter.) Clemenceau wandte sich auch entschieden gegen die Erklärung Longuets, daß der Oberste Rat beschlossene habe, Rußland zu räumen. Longuet erhob zum Schluß einen scharfen Protest gegen die Intervention in Rußland.

Internationaler Kriegsbeschädigten-Kongress.

Nach Berichten französischer Zeitungen hat am 7. und 8. September in Lyon ein Kongress der republikanischen Vereinigung ehemaliger Kriegsteilnehmer stattgefunden, dem zahlreiche der bedeutendsten Geister Frankreichs, u. a. Geny, Vorhaise, beizuhören. Unter der begeisterten Zustimmung der Teilnehmer sprach der Kongress sich für eine internationale Vereinigung aller Kriegsteilnehmer aus. Er erteilte sodann einem Komitee den Auftrag, einen internationalen Kongress der Opfer des Krieges der ganzen Welt auf das schnellste einzuberufen. Wie das Schweizer Blatt „Le Sentinelle“ hierzu zu berichten weiß, soll dieser Kongress im nächsten März in Genf stattfinden.

Das Münchner Urteil vollstreckt.

München, 19. September.

Das Urteil gegen die wegen der Erschießung der Geiseln zum Tode verurteilten wurde nach der Bestätigung durch die bayerische Regierung heute nachmittag um 4 Uhr in Gabelstein vollstreckt.

Wir haben keinen Augenblick daran gezweifelt, daß die Rechtssozialisten der bayerischen Regierung, ebenso wie beim Urteil gegen Eugen Leviné, nicht zaudern werden, die Todesurteile zu vollstrecken. So zeigt sich stets von neuem die Abhängigkeit der Rechtssozialisten von den bürgerlichen Parteien, die sie zwingt, einen Grundsatze des Erfurter Programms nach dem andern aufzugeben und zu verraten. Nun ist das vergossene Blut der gemordeten Geiseln gesühnt, gesühnt durch neues Blut! Doch das Blut von Tausenden von ermordeten revolutionären, dies kann keine Sühne finden in der demüthigen Republik!

„In den Armen liegen sich beide..“

Herr Scheidemann fühlt das Bedürfnis, vor aller Öffentlichkeit zu bestätigen, wie recht wir hatten, daß wir seine Attende gegen Noske von Anfang an als ein plummes Wahlmanöver eingeschätzt haben. In einem langen, gänzlich inhaltslosen Artikel, den er nach dem Muster seiner regierenden Kollegen im „Mittags-Abendblatt“ ablagert, bekräftigt er, daß er mit Noske ein Herz und eine Seele ist, daß zwischen ihnen nie ein Konflikt bestanden hat. Die einzige Stelle in dem Artikel, die von einiger Bedeutung ist, stellt ausdrücklich fest, daß seine öffentliche Erörterung des Falles Reinhard nur getragen war von der Absicht, den Schaden, der „uns inner- und außenpolitisch dadurch erwachsen ist, daß zehn Tage lang mit der „Gesindel“-Regierung und der „Judenjahne“ agitiert und intrigiert werden konnte,“ zu beseitigen. Der alte Demagoge hat sich also jetzt selbst entlarvt. Er bekräftigt, daß es ihm nie um einen ernsthaften Kampf gegen die monarchistischen und gegenrevolutionären Bestrebungen zu tun war, sondern daß er nur die Wölfe harte, die Wablaufsichten seiner Partei zu verfeinern und sich selbst in empfindliche Erinnerung zu bringen. Einstweilen ist ihm ja letzteres wohl mißglückt, aber ein neuer Versuch dürfte wohl nicht lange auf sich warten lassen.

Bleibt die Äußerung Scheidemanns, daß er nie an einen ernsthaften Kampf gegen die monarchistische Gegenrevolution gedacht hat, so zeigt eine Auslassung Noskes gegenüber einem Mitarbeiter des „Mittags-Abendblattes“, daß sein ganzes Bestreben offen auf die Erhaltung der Macht der konterrevolutionären Offiziere gerichtet ist. Er erklärte, es sei ihm bekannt, daß der größte Teil der Offiziere, der sich der Reichswehr zur Verfügung gestellt habe, seine Gesinnung nicht geändert hat, daß er noch immer in seiner alten Tradition lebt und an der monarchistischen Anschauung — wenigstens in der Theorie — festhält. Das sei aber noch lange kein Verweis dafür, daß wirklich Bestrebungen erster Art im Gange seien, durch einen militärischen Putsch die Monarchie wiederherzustellen.

Diese Anschauung ist bei Herrn Noske sehr verständlich. Solange ihm seine Offiziere nicht offiziell mitteilen, daß sie die Republik zu stürzen beabsichtigen, ist für ihn eine Gefahr nicht vorhanden. Die Offiziere sind in seinen Augen die lieben Kinder, die trotz ihrer monarchistischen Gesinnung aus Liebe zu ihm und zu Herrn Ebert getreue Diener der Republik sind, und an dieser Anschauung hält er fest, trotz aller offenkundig dagegen sprechenden Tatsachen.

Herr Noske hat sich aber auch erneut über den Fall Reinhard geäußert und dabei mit der ihm eigenen zynischen Offenheit ausgebrochen, wie machtlos er sich selber fühlt und wie er nichts tun wird, was nicht im Einverständnis mit seinen Offizieren geschehen kann. Nachdem er erklärte, daß er nach wie vor der Ansicht sei, daß kein Konflikt vorliegt, die Affäre Reinhard zu einer großen Staatsaktion zu machen, da es verständlich sei, daß auch dem Oberst Reinhard ein derber Ausbruch entfallen könne, fuhr er fort:

Von einer sofortigen Entlassung oder von einer sehr gründlichen Nachprüfung der Angelegenheit mußte von mir aber um so mehr Abstand genommen werden, als der Offizier auf das gleiche Maß bürgerlicher Sicherheit Anspruch erheben kann, wie jeder Beamte und Arbeiter. Wenn ich einen alten Offizier, wie es Oberst Reinhard ist, der meines Wissens siebenmal im Kriege verwundet worden ist, ohne weiteres aus seiner Stellung entsetze, bedeutet das eine vollständige Herrschaft seiner Existenz. Der Offizier kann nicht als vogelfrei erklärt werden, sondern hat Anspruch darauf, daß ihm das gleiche Maß von Rechtsgarantien gewährt wird, auf das alle anderen Staatsbürger Wert legen.“

An dieser Äußerung Noskes ist vor allen Dingen sein Eingeständnis bemerkenswert, daß er selbst von der gründlichen Nachprüfung des Falles Reinhard Abstand nehmen mußte. Er ist der Gesangene der Offiziere, deren Willen er nur auszuführen hat, und deren Ausschreitungen er machtlos gegenüber steht. Daran ändert auch seine Verlegenheitsbegründung nichts, daß der Offizier das gleiche Maß bürgerlicher Sicherheit beanspruchen könne wie jeder Beamte und Arbeiter. Herr Noske als Hüter bürgerlicher Sicherheit! Er, der jeden Tag entgegen allem Recht und Gesetz die bürgerlichen Sicherheiten mißbraucht, wenn es sich um Arbeiter oder um sonst politische unbehagene Verhältnisse handelt, wird lauter voll-

begeisterter Verteidiger derselben bürgerlichen Sicherheiten, wenn es sich um die Offiziere handelt.

Der Fall Reinhard ist erledigt. Ein Fall Koske existiert nicht mehr. So ist denn also eingetreten, was wir von allen Anfang an vorausgesagt haben, daß die Rechtssozialisten gar nicht daran denken und denken können, irgend etwas gegen die Gefahren der monarchistischen Gegenrevolution zu unternehmen, und daß sie auch nicht daran denken, ihrem Koske irgendwelche Schwierigkeiten zu bereiten. Auch weiterhin dürfen die Offiziere die Regierung „Gefindel“ schimpfen, das „Gefindel“ wird auch weiter so tun, als ob nichts geschehen wäre.

Nur keine internen Kriegen!

Eine Lokal-Korrespondenz erzählt heute von Differenzen, die durch den Fall Reinhard zwischen Koske und der „Vorwärts“-Redaktion entstanden seien. Ein großer Teil der Berliner Parteifunktionäre fordere überdies eine außerordentliche Generalversammlung, in der die Angelegenheit erörtert werden soll.

Der „Vorwärts“ bezeichnet diese Mitteilung als unbegründete Äußerungen und Kombinationen. Insbesondere besteht ein Konflikt zwischen Koske und der „Vorwärts“-Redaktion, sowie er hier dargestellt wird, nicht alle vorliegenden Fälle sind bisher von uns mit dem Reichswehrminister in durchaus kameradschaftlicher Weise besprochen worden. Das wird sich auch in der Folge nicht ändern.

Wir haben von Anfang an ja gesagt, daß sich die Herrschaften wieder vertragen werden.

Die Schweizer Partei und die Internationale.

Von unserem Korrespondenten.

Zürich, 16. September.

Entgegen dem Parteitagbeschlusse vom 17. August 1919 (wobei mit 218 gegen 147 Stimmen in die Moskauer Internationale eingetreten wurde) hat in der Urabstimmung vom 1. bis 14. September die sozialdemokratische Partei der Schweiz diesen Beitritt mit rund 14 804 gegen 8009 Stimmen abgelehnt. Dieser Beschluß dürfte für die Befestigung der internationalen Beziehungen der Sozialdemokratie von größter Tragweite sein und seiner Auswirkung auf die Entwicklung in anderen Ländern nicht verlustig gehen. Da die schweizerische Partei am 17. August 1919 mit einem Parteitagbeschlusse von 469 gegen 1 Stimme aus der zweiten Internationale ausgetreten ist, kann der Beschluß gezogen werden, daß sich die Gesamtpartei in nächster Zeit darauf einigen dürfte, an der Gründung einer alle revolutionären sozialistischen Parteien umfassenden Internationale unter Entzählung an die Moskauer Richtlinien mitarbeiten zu wollen. Die Gründung dieser erst im wahren Sinne des Wortes internationalen dritten Internationale kann durch Anpassung der Grundzüge der Moskauer Internationale an die Grundzüge des vorläufigen Klassenkampfes geschehen oder auf Grund vollständig neu aufgestellter Thesen und Statuten ausgeführt werden. Die Partei tut nichts zur Sache, Hauptfrage bleibt, ob die schweizerische Sozialdemokratie den festen Willen bezeugt, der sozialistischen Weltrevolution zu unterstützen und daß sie jenen Weg wenn auch vorerst noch langsam zu öffnen versucht, welcher zur Einigung der revolutionären Arbeiterklassen aller Länder und damit zum Siege des Sozialismus führen wird.

Die Ueberprüfung der Statuten nach Kantonen und Bundesgemeinden zeigt nur für die Kantone Basel, Zürich, Schaffhausen und Genève annehmbare Mehrheiten. Selbst in Zürich und Basel ist der Hauch der Nachwirkungen des verlorenen Generalstreiks vom 1. bis 4. August nicht zu verkennen. Ost-, Zentral- und Westschweiz erklären sich, wie nicht anders zu erwarten, geschlossen gegen die Moskauer Internationale. Es ist nur zu hoffen, daß auch parteipolitisch der Partei aus diesem Beschluß mancher Nutzen erwachse und die Vertäglichteit der Meinungen sich von neuem einlese, auch in Zukunft von dem Anfang der gebundenen Mandate für die Parteitage Abstand genommen werde und neuerdings breitere Kreise als bis anhin zur tätigen Mitarbeit in der Partei herangezogen werden können. Die Stimmbeteiligung betrug mehr als 60 Prozent (fast 28 000 bei 28 000 wahlberechtigten und 60 000 eingeschriebenen Parteimitgliedern). Im Mittelpunkt des gegenwärtigen politischen Lebens der Schweiz stehen die Nationalratswahlen, welche am 26. Oktober stattfinden werden. Die bürgerliche Presse vermag über die Urabstimmung der schweizerischen Sozialdemokratie eine gewisse Enttäuschung nicht zu verbergen, was klar und deutlich zeigt, daß die Bourgeoisie in ihrem Feldzuge gegen den Bolschewismus eigentlich den Sozialismus zu treffen und zu diskreditieren versucht. Ein deutscher Fingerzeig für die Haltung der revolutionären Arbeiterklasse.

Die bevorstehenden Wahlen werden endgültig mit der Herrschaft der Freisinnigen brechen. Das erstmals aus Proporzahlen hervorgehende Parlament wird aller Wahrscheinlichkeit nach vier größere, etwa gleichstarke Interessengruppen zählen: Ultramontane oder Konservative, Freisinnige und Demokraten aller Schattierungen, Bauern und endlich als vierte Gruppe 50 bis 60 Sozialdemokraten.

Die deutsche Antwortnote an die Entente.

Der Entente ist von den deutschen Vertretern in Versailles eine Note übermittelt worden, in der es heißt, daß die deutsche Regierung auch der Ansicht sei, daß, soweit die deutsche Verfassung und der Friedensvertrag miteinander in Widerspruch stehen, die Verfassung nicht aufgehoben sei. Sie habe bereits erklärt, daß der Artikel 81 Abs. 2 der deutschen Verfassung als kraftlos erachtet wird, solange nicht der Wählerbundrat einer entsprechenden Aenderung der internationalen Lage Oesterreichs zugestimmt hat. Die deutsche Regierung habe nichts dagegen einzusetzen, diese Erklärung nunmehr in der von der Entente vorgeschlagenen Form anzunehmen und sie habe daher ihre Vertreter bevollmächtigt, zur Vollziehung der Erklärung mit der Entente in Verbindung zu treten.

Dann bemerkt die Note, daß es eine Entstellung der deutschen Note vom 8. September sei, wenn gesagt wird, die deutsche Regierung wolle die Auffassung vertreten, daß kein Artikel mit dem Friedensvertrag in Widerspruch stehen könne, weil in der Verfassung in einem anderen Artikel steht, daß keine ihrer Vorschriften dem Friedensvertrag Eintrag tun könne. Die deutsche Regierung habe vielmehr die Bedeutung des Artikels 178 dahin gekennzeichnet, daß er u. a. den Zweck habe, jeden etwa zwischen dem Wortlaut der Verfassung und den in ihrer Tragweite vielfach zweifelhaften Bestimmungen des Friedensvertrages unter allen Umständen auszuschließen. Daß auch der Art. 80 des Friedensvertrages zu diesem nicht ohne weiteres klaren Bestimmungen gehöre, zeigten die Ausführungen, womit die deutsche Regierung ihre von der Entente abweichende Auffassung begründet habe. Deutschland habe nicht voraussehen können, daß abweichende Bestimmungen nie in erweiterndem Sinne ausgelegt werden, das Selbstbestimmungsrecht der Völker gerade für Deutschland und Oesterreich noch mehr beschränkt werden sollte als der Wortlaut des Art. 80 es zunächst erkennen ließe. Die Ausnahme des Art. 178 in die Verfassung stelle keinen Kunstgriff, sondern eine wohlbegründete notwendige Maßnahme dar. Und die deutsche Regierung weise diese Unterstellung mit aller Schärfe zurück.

Zum Schluß wird in der Note dagegen protestiert, daß die Note der Entente in einem den internationalen Gepflogenheiten nicht entsprechenden ironischen Tone gehalten sei.

Die Schutzhaftgehande soll verewigt werden!

Der Rat des Internationalen Schutzhaftverbandes hat, wie er mittelst, auf den ausdrücklichen Wunsch des Reichsministeriums des Innern den Entwurf eines neuen Schutzhaftgesetzes ausgearbeitet und diesen der Regierung zur weiteren Veranlassung zur Verfügung gestellt.

Seit Jahr und Tag währt der Kampf gegen diese ungeheuerliche Ausgeburt der wilhelminischen Gewaltperiode. Auch manches Mitglied der jetzigen Regierung hat damals mutige Worte gegen die Kulturhande der Schutzhaft gesagt. Doch nicht genug, daß diese Männer, da sie kaum das Mädel führten, sich selber der Schutzhaft als schwachvolles Mittel ihrer Parteipolitik bedienten, sie suchen sie also jetzt, da die neue Verfassung geschaffen ist, die eine Schutzhaft überhaupt nicht kennt, diesen Zustand zu verewigen. Um sich selber im Besitze der Macht zu erhalten, wollen sie die politische Gegner, denen sie auf geschmacklichem Wege nicht beikommen können, mit Hilfe der paragaphierten Gesetzlosigkeit eines Schutzhaftgesetzes ins Zuchthaus werfen.

Geradezu unfahbar aber ist es, daß der Rat des Internationalen Schutzhaftverbandes, der geschaffen wurde aus dem Willen der jahrelang in schmachtvoller Schutzhaft Eingekerkerten heraus, sich zu einem solchen elenden Nachweil hergibt. Freilich begreift er wohl damit, die Bestimmungen des alten Schutzhaftgesetzes in mancher Beziehung zu verbessern. Doch allein der Gedanke an die Verbesserung einer solchen Kulturhande ist vollkommen sinnlos. Eine Debatte über die Verschärfung oder Verminderung oder über eine verschiedene Ausgestaltung von Schutzhaftbestimmungen kann es überhaupt niemals geben. Nur ein vollkommenes Verschwinden dieser Verhöhrung aller Beschuldigten gibt es.

Der uns vorliegende Entwurf des Rates des Internationalen Schutzhaftverbandes beweist selber, daß irgendwelche grundlegende Änderungen oder Abänderungen des Schutzhaftgesetzes ein Unläng sind. Denn die Grundzüge dieser Einrichtung, daß nämlich Menschen auf unbestimmte Zeit hinter Zuchthausmauern gesperrt werden, obwohl sie sich in keiner Weise gegen ein Gesetz vertragen haben, muß stets dieselbe bleiben. So bestehen auch die „Verbesserungen“ dieses Entwurfes im wesentlichen darin, daß die Schutzhaftbestimmungen alle Monat nachgeprüft, und daß den Familien der Verhafteten Entschädigungen gezahlt werden müssen. Der Kern des Schutzhaftgesetzes aber ist der gleiche geblieben. Hat der grundlegende § 1 des Entwurfes doch folgenden Wortlaut:

„Die Anordnung der Schutzhaft oder einer Aufenthaltspflichten durch die vollziehende Gewalt auf Grund des Kriegs- oder Belagerungszustandes ist nur zulässig, wenn sie zur Abwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reichs erforderlich ist. Kein Grund für die Anordnung bildet die Äußerung politischer Ansichten oder die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei.“

Es wird also auch nicht ein Fata von den Grundzügen des alten Schutzhaftgesetzes abgewichen. Genau wie früher öffnete man durch die allumfassende Formel „eine Gefahr für die Sicherheit des Reichs“ der grössten Willkür Tür und Tor. Doch, wie gesagt, es gibt keine „Verbesserung“ einer solchen Einrichtung, nur Abschaffung, Austilgung für alle Zeiten kann es geben. Jammervoll genug ist es, daß die Schutzhaftgefangenen selber, offenbar aus einem falschen Pflichtgefühl heraus, den Willen haben, dieser Verfassung jedes Gesetz mit Füßen tretenden Regierung Vorbehalt leisten.

Nachdem der Reichswehrminister Koske bereits im Juli in der Nationalversammlung erklärt hatte, daß zur Aushebung der Militärgerichtsbarkeit alles vorbereitet sei, erklärt man jetzt, daß der Bescheid über diese Aushebung in der nächsten Zeit veröffentlicht werden soll. Mehrere Monate hat es also gedauert, bis die selbstverständlichen und einfachen, angeblich längst vorbereiteten, Bestimmungen der Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit sich zu einem Bescheidemurm veränderten. Hoffentlich vergehen nun nicht wiederum mehrere Monate bis zur Veröffentlichung dieses Entwurfes. — Wie die „Pol. Inf.“ mitteilt, wird in diesem Ordek auch die Frage der Auflösung des Reichsmilitärgerichts behandelt werden, und zwar soll der Reichspräsident über die Auflösung dieses Gerichtes zu befinden haben. Es selbstverständlich es ist, daß mit dem Ende der Militärgerichtsbarkeit auch das Reichsmilitärgericht schwindet, eine so selbstverständliche Forderung ist es auch, daß das Datum der Auflösung durch Gesetz genau bestimmt werden muß und nicht dem Reichspräsidenten überlassen bleiben darf. Der Termin dürfte sonst wohl eine recht lange Verzögerung erfahren.

Koske und Haulsch zur Kenntnis.

Uns wird geschrieben:
Es war mir in diesen Tagen vergönnt, einen Blick in ein Kadettenhaus zu werfen. Von den Wänden und aus den Nischen winkten und wankten die Wilder und Wüsten der ehemaligen Kaiserlichen und ohne Familienkreis. Auch nicht das geringste Säuseln eines Wildersturmes hat hier geweht, vielmehr ruht über all dem eine Art Goethe'scher Bispedentstimmung. Kommandos und Drill funktionierten ebenso wie in gutkaiserlicher Zeit, hat doch die „Woge“ der Revolution dieses

erhabene Bild wohlmeinend verschönt. Offiziere wägen in allem königstreuen Sinne und streuen ihren Beistand in empfangsbereite, überhöhte Knabengehörne; man munkelt, die Herren würden in Zivil eventuell „weiterarbeiten“. Geschäfte, Gedächtnis und sonstige Bestimmungsglieder werden in ein monarchistischer Richtung geleitet und geleert. Die wesentliche Reform, die in der Revolutionszeit vorgenommen wurde, besteht darin, daß selbst dem kleinsten Soldaten „Du“ und nicht mehr „Sie“ gesagt wird. Auf der Eisenbahn reisen die Kadetten mit Militärabzeichen, und auch heute noch will diese launigher germanische Jungmannschaft „Siegreich Frankreich“ schlagen, wie der Sang aus weitgeöffneten Jungadlerfingern es verkündet.

Bei Proletariatskindern rehet man mit den Pflichten, bei Herrenkinder aber von angestammten Rechten, Vorrechten und Privilegien. Die Hauptsache aber ist die, daß der monarchistische Offiziersnachwuchs im königlichen Kreidbause auf Staatkosten weiter aus- und eingebildet wird.

Sieger Hüring.

Die „Vossische Zeitung“ bringt einen Bericht über die Breslauer Korrespondenten über die Kohlenförderung in Oberschlesien und die Kohlentransporte. Danach renommiert Hüring mit, daß die Kohlenförderung seit Ausbruch der Unruhen in Oberschlesien von 87 000 auf 94 000 Tonnen gestiegen ist, daß die Kohlen voll geladener Kohle liegen, die nur des Abtransportes harret, um Deutschland vor einer weiteren Verschärfung der Kohlennot zu bewahren. Das sagt Reichs- und Staatskommissar Hüring mit Stolz, denn es ist sein Werk, erklärt der Bericht.

Es ist kaum zu glauben. Wir wiesen schon vor Wochen, daß noch alle Welt die Grubenarbeiter sträflicher Arbeitsunlust anklagt, darauf hin, daß im ober-schlesischen Revier die Kohle bergeshoch zum Abtransport bereit sei. Jetzt macht Hüring den Versuch, der Öffentlichkeit einzureden, daß sein Ansehen als „Arbeitsunlust“ der Arbeiter gestreut und den Kohlenbergen hervorgezaubert hat, während jeder Kenner der Verhältnisse weiß, daß es nur der maßlosen Geduld und dem Fleiß der Grubenarbeiter zu danken ist, wenn trotz der wüsten Wirtschaft des Hüring überhaupt noch Kohlen gefördert werden.

Aber warum werden die Kohlen immer noch nicht abtransportiert? Warum hat der stolze Hüring, der von sich behauptet, er habe durch sein Gewaltregiment die Förderungsleistung gesteigert, nicht die Macht, die Kohlenproduzenten und Förderer zum Abtransport der Kohlen auf dem Wasserwege zu zwingen, der ihnen doch offen steht, wenn die Eisenbahnen wirklich unfähig sein sollten, die Aufgabe zu lösen? Warum wendet er nicht auch hier das probate Mittel der Gewalt an?

Der Berichterstatter der „V.“ schlägt die Entsendung eines besonderen Transportkommissars vor. Er scheint zu wissen, daß die Methode, deren Hüring allein fähig ist, nur geringen Erfolg haben würde. Sie ist nur Arbeitern gegenüber erlaubt. Gegenüber den halbstarren Unken nehmen vorfaßt der starke Mann.

Stechbleiische Verfolgung Kühles.

Wie unser Blouener Parteiorgan meldet, ist seit Ende voriger Woche gegen den Kommunistenführer Otto Kühle ein Streikbriefe erlassen worden, weil er durch Reden und Druckschriften auf den Sturz der gegenwärtigen Regierung hingewirkt haben soll.

Diese Maßnahme, die an die dunkelsten Zeiten der Sozialistischer Verfolgungen unter Bismarck erinnert, zeigt wieder einmal, wie das durch die Verfassung garantierte Recht der freien Meinungsäußerung in der Praxis ausbleibt.

Heilmann als Verleumder!

Es ist wenig angenehm, sich wieder und immer wieder mit Heilmann in den Revolverjournalistiken beschäftigen zu müssen. Leider aber ist man häufig zu dieser schmerzlichen Verriistung gezwungen, um Legendenbildungen von vornherein unendlich zu machen. Und so müssen wir uns heute wieder einmal mit einem Lügner des Heilmann befassen. Er ließ vor kurzem in „Vorwärts“-Verlag eine Broschüre zur Ehrenrettung der Arbeiterpartei erscheinen, in der er sie mit dem Morientstein der Arbeiterrevolution vor partokratischen und unabhängigen Parteien umkleidet. Heilmann berichtet hierbei über eine Anzahl von Attentaten auf Sozialdemokraten — die übrigens niemals von irgendeiner Seite ausgegangen sind — und erzählt dabei auch folgende Schauermär aus Belgien:

„In Belgien führte der unabhängige Abgeordnete Binau die Arbeiterpartei, die über einen versprengten Offizier der Regierungstruppen herfiel, und schlug nach zwei Tagen sogar als erster auf ihn ein. Auch dieser Offizier wurde schließlich zugerichtet und schließlich für tot liegengelassen. Als die Leiche Renge erfuhr, daß er noch lebe, und daß ein Deutscher die Leiche bemähe, ihn zu reiten, holte sie ihn wieder aus dessen Wohnung heraus, und schlug und trat ihn in hartnäckiger Weise tot. Nach der Aussage eines Belgien, der später ein Leiche geborgen hat, sah der Mann nachher aus wie ein häßliches Kaninchen. Für den Abgeordneten Binau nahm die Unabhängige Sozialdemokratie die parlamentarische Immunität in Anspruch, die ihn vor jeder Strafverfolgung schützt. Und die Sozialdemokratie verbot sich ihm, weil sie lieber diesen trüglichen Verdächtigen eine Schenke zur Verfügung als die Unverletzlichkeit der Abgeordneten antasten lassen wollte.“

Man muß schon sagen: Hüring geht die Gemeinheit nimmt mit der dieser Heilmann nachschaut, was Unverantwortliche erzählen. Um so mehr, als Heilmann diesmal keine Unschuld und verleumdet. Schon Ende Mai war das Blatt seiner Partei in Vochum, das „Vochumer Volksblatt“, das überdies über Genossen Binau zusammengelogen hatte, zur Teilnahme einer Verurteilung gezwungen gewesen, in der der wilsliche Schreiber der geschilderten Vorgänge Kargehell wurde. Unser Genosse Binau, der preussischer Landtagsabgeordneter ist, hat, wie Hunderte von Zeugen bezeugen, auf dem Wege zu einer Verurteilung durch sein Dazwischenkommen den später ermordeten Deutnant erster auf ihn einschlagen, weil er erst zu der Affäre eingeladen worden, als Deutnant bereits am Leben lag und verurteilt wurde. Nachdem Binau den Mordhandeln befreit hatte, besaß er sich als Reserve in eine Verammlung außerhalb Belgiens, von der er erst am späten Abend zurückkehrte. Während seiner Abwesenheit war der Deutnant ermordet worden.

Die bedauerliche Tat geschah während der aufgereizten Tage des Verordnungsrechtes in Mitteldeutschland und der Deutnant trug durch sein zwangloses Aufsteigen selbst ein Teil Schuld an dem Verbrechen. Im Verlaufe eines Wortwechsels mit einem Matrosen, der ihn angesichts der durch die unbeständete Gub-

Verdammung von Regierungstruppen nach Helf empfinden Menge zur Ablegung seiner Waffen aufgefordert hatte, erschoss er diesen, worauf es dann zu den geschilderten Vorgängen kam. Dies bestätigt Ehrenheimmann natürlich mitzuteilen.

Die Stettiner Arbeiterkraft gegen den neuen Polizeipräsidenten Jenner.

Aus Stettin wird uns geschrieben:

In Stettin wurde der Rechtssozialist Jenner zum kommissarischen Polizeipräsidenten, Mitglied des dortigen Arbeiterrates, ernannt. Dieser Jenner hat nur das Mitgliedsbuch der scheinsozialistischen Partei künstlich erworben, um mit seiner neuen Freunde Hilfe eine bezahlte Stellung im Arbeiterrot zu erhalten. Im Handumdrehen wurde der Herr Leutnant Jenner auch rechtssozialistischer Stadtverordneter. Bei dem im Mai erfolgten Einzug der Rostktruppen in Stettin war er die rechte Hand des Generals v. d. Lippe, und trotzdem das Gewerkschaftsblatt und viele rechtssozialistische Gewerkschaften die Aufhebung des Stettiner Belagerungsstatus verlangten, trat Jenner noch anfangs Just für dessen Verbeibehaltung ein, da sonst politische Demonstrationen zu befürchten seien. In den Stettiner Generalstreiktagen erteilte ihm deshalb eine allgemeine Vertrauensmännerversammlung der Stettiner Arbeiter ein einstimmiges Nichtvertrauensvotum und forderte seine Partei auf, ihn zur Kandidaturabgabe in Arbeiterrat und Stadtverordnetenkollegium zu veranlassen. Zum Lohn auf diesen allgemeinen Arbeiterwunsch wurde dieser Mann nun zum Polizeipräsidenten ernannt! Diese Ernennung brachte selbst viele rechtssozialistische Arbeiter in Erregung. Zu Tausenden demonstrierte die revolutionäre Arbeiterkraft Stettins am Montag nachmittags gegen diesen Revolutionsprelanten. In einer Vertrauenskundgebung gegen Jenner wird protestiert gegen seine Ernennung zum Polizeipräsidenten und er als egoistischer Streber zum Rücktritt gezwungen. Der Minister des Innern wird aufgefordert, wenigstens die Forderung des Programms seiner eignen Partei zu erfüllen, an leitender Stelle stehende Beamte durch freie Wahl aus dem Volke hervorgehen zu lassen.

Die Zentrumsarbeiter.

Der Verband der katholischen Arbeiter- und Knappschäftsvereine Westdeutschlands hielt in Essen seinen zwölften Verbandstag ab. Das Ergebnis der Tagung ist in einer Entschließung zusammengefaßt, die einige Wendungen enthält, aus denen deutlich hervorgeht, daß die infolge der Revolution zur Lösung drängenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme auch die Zentrumsarbeiter ernsthaft beschäftigen und zu Forderungen drängen, die man früher aus ihrem Munde nicht vernahm. Die wichtigsten Teile der Entschließung lauten:

1. Das Wirtschaftsleben der Vergangenheit war weniger auf das Gesamtwohl, als auf das Gewinninteresse einzelner und bestimmter Klassen eingestellt. Der gegenüber so tief besorgniserregende Mangel an Arbeitsloft und Pflichtbewußtsein gegenüber der Gesamtheit ist zum größten Teil Folge dieses Wirtschaftssystems. 2. Das Verantworfte dieser Wirtschaftslage wird erst dann eine wesentliche Stärkung und Wirtschaftstreibkraft eine neue Bewegung erfahren, wenn es gelingt, der deutschen Wirtschaft ein inneres Verhältnis zur Gemeinschaft des deutschen Volkes zu verschaffen.

Von diesen Erwägungen ausgehend, erklärt der Verbandstag: 1. Die Wirtschaft muß in weitestem Maße öffentliche Sache des Volkes werden, nicht sozialistische, sondern soziale Gemeinwirtschaft. 2. Der Arbeiter muß eine befriedigende Stellung einnehmen; werden im Gesamtanwachs wie im Einzelbetriebe und ein bestimmender Einfluss auf den Gang der Produktion. Nicht Vorherrschaft einer Klasse, sondern eintätige Arbeitgemeinschaft zwischen Unternehmer und Arbeiter.

Die Gesetzgebung hat die Aufgabe, diesen Gedanken in geeigneter Weise Grundfrage und Form zu geben.

Die katholischen Gewerkschafter, die im Ruhrrevier Gelegenheit haben, die Verhältnisse in einem der wichtigsten Wirtschaftszweige an der Quelle zu studieren, sehen also in dem Mangel an Arbeitsfreudigkeit eine Folge des kapitalistischen Wirtschaftssystems und nicht der „spartalistischen Verbebung“. Sie überlassen es ihren „sozialistischen“ Kollegen, verleumderrische Anschuldigungen dieser Art gegen die Arbeiterkraft zu kleudern.

Konflikt zwischen Erzberger und der preußischen Regierung.

Der H. Ausschuh der preußischen Landesversammlung betiel gestern über die oberste Frage und den Gesandtschaftsbericht über die Erweiterung der Selbständigkeit der Provinzialverbände. Es wurde festgestellt, daß die gestrigen in der Presse erfolgten aufsehenerregenden Mitteilungen über die Gewährung beschleunigter Autonomie Oberdeutschens usw. auf Anregungen Erzbergers an Pressevertreter zurückzuführen sind. Ministerpräsident Hirs und Minister keine Maßnahmen scharf gegen diese Informationen Stellung, die aus dem Wustorden zu erlischen seien, beugen vor, das Zentrum zu streben. In der Beratung wurde der Antrag des Zentrums in zweiter Lesung verhandelt. Der die Teilung Deutschlands in eine Provinz Oberdeutschens und Niederdeutschens betreffende § 1 wurde angenommen. Da sich bei der weiteren Beratung ergab, daß die technische Durchführung der übrigen Paragraphen unzulässig ist, wurde eine Unterkommission einberufen, die sich heute mit dieser Frage beschäftigen soll. Bei der Vorlage über die Erweiterung der Selbständigkeit der Provinzialverbände kam es zu einem Konflikt zwischen dem Zentrum und den Rechtssozialisten. Nach § 1 sollen die Provinzialparlamente berechtigt sein, durch Provinzialstatuten Bestimmungen über für die Bevölkerung der einzelnen Provinzen besonders bedeutungsvolle Fragen der Schulverwaltung zu treffen. Die Sozialdemokraten beantragten einen Zusatz, nach dem nur die Fragen der Schulverwaltung hierzu in Betracht kommen, die von der Landesverwaltung dazu bestimmt worden sind, damit die Provinzial-Verwaltungen nicht in der Unabhängigkeit der zu regelnden Fragen völlig unabhängig sind. Nachdem dieser Antrag gegen die Zentrumsvorteile angenommen war, erklärten diese, daß sie nunmehr kein Interesse an der Weiterberatung des Gesandtschaftsberichtes hätten. Es wurde schließ-

Nach der Streichung der ganzen Absätze beschloffen und die weiteren Kommissionenberatungen vorläufig abgebrochen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ sieht in der Information Erzbergers an die Pressevertreter über die oberste Frage eine Einmischung, die sich über seine versöhnungsnahe Befugnis ebenso hinwegsetzt, wie über die Wahrheit“. Demgegenüber behauptet das W. A. N., daß von einer Nichtübermittlung zwischen Erzberger und der preußischen Staatsregierung keine Rede sein könne.

Die Tarifierhöhung der Eisenbahn in der Landesversammlung.

10. September.
Auf der Tagesordnung stehen zunächst 21 Abstimmungen über Anträge zum Haushalt des Ministeriums d. J. Angenommen wurden u. a. ein rechtssozialistischer Antrag auf Beilegung aller geheimen Personalakten der Beamten, die Abg. Gnos (Dnal), Hoffmann (U. S.) Geschiede (Dem.) auf Ersatz der Untergebunden seit November 1918. Weiter gelangt ein Antrag Friedrichmann (Dem.) gegen die Vergiftung der Jugend durch unethische Schriften und Kinoanführungen zur Annahme. Ein Antrag Hoffmann (U. S.) auf Aufhebung des Belagerungsstatus wird abgelehnt.

Es folgt die erste Beratung des Gesandtschaftsberichtes über die Erhebung von Zuschlägen im Güter- und Tierverkehr der preussisch-preussischen Staats-Eisenbahnen. Danach wird die Eisenbahn ermächtigt, vom 1. Oktober 1919 ab im Güter- und Tierverkehr einen Zuschlag bis zu 50 vom Hundert zu erheben. Der Zuschlag soll mit Ablauf des zweiten Wirtschaftsjahres, das auf den Abschluß des Friedens mit der letzten mit Deutschland im Krieges lebenden kriegsähnlichen Verhältnisse folgt, außer Kraft treten.

Abg. Krenzel (Dem.): Aus abgemeinen Staatsmitteln kann das Defizit nicht gedeckt werden; deshalb sind die Tarifierhöhungen notwendig. Die Erhöhung der Ausgaben beruht auf der Mehrerhöhung von ungefähr 800 000 Kopfen und der Erhöhung der Löhne und Kohlenpreise.

Abg. Brüdner (Rechtssoz.): Der Gesichtspunkt, daß die wirtschaftlichen Einrichtungen des Staates über Kosten selbst tragen müssen, veranlaßt auch uns, der Vorlage zuzustimmen. Der Abg. Sulmann (Dnal) behauptet, daß mehrere hundert Millionen für Arbeitskräfte ausgegeben worden seien, die nicht gebraucht würden. (Zeit, Zeit)

Abg. Paul Hoffmann (U. S.) weist zunächst darauf hin, daß die bisherige Tarifpolitik der Regierung erheblich zu der katastrophalen Kohlennot beigetragen haben. Durch die niedrigen Eisenbahntarife ist verhindert worden, daß die kriegsbedingte Vilmenschafter zum Kohlentransport in großer Umfang benutzt werden konnte. Die Regierung hat nicht den Mut gefunden, gegen das gescheiterte Unternehmertum vorzugehen. Nur was es gilt, die Arbeiterkraft mit den Maschinenangehörigen der Rostktrassen zu brutalisieren, steht sie ihnen Mann.

So berechtigt die Forderungen nach Tarifierhöhungen sind, so berechtigt sind auch die Forderungen der Eisenbahner. Hier hat aber die Regierung versagt; sie hat ebenso versagt hinsichtlich der Gewährung des Mitbestimmungsrechtes der Angestellten und Arbeiter. Hierin endlich entschlossen vorzugehen, wird die erste Vorbedingung für eine Besserung des Wirtschaftslebens sein.

Eisenbahnamtmeister Oster: Die Möglichkeiten für einen gesteigerten Betrieb wären vorhanden. Wegen des Lokomotivmangels können aber 50 000 Waggons nicht benutzt werden. Selbst diese tieferliegende Tarifierhöhung deckt erst einen Teil des Selbstvertrags. Würden wir kaufmännisch vorgehen, so müßte wir die Tarife nicht um 50, sondern um 150 Prozent erhöhen. Dann der Wasserweg. Tatsächlich war ein großer, unbenuzter Schiffsraum vorhanden. (Zeit, Zeit) Ich war dafür, daß er benutzt wurde, aber der Kohlenkommissar hat die Abfahrtskardinais nicht gegeben, weil sonst in der Beförderung ein vierzschichtiger Letztstrom infolge des längeren Transportes entstanden wäre. (Widerpruch) Wenn bei der Eisenbahn jetzt auch mehr Personen als notwendig beschäftigt werden, so können wir doch durch Entlassungen die Arbeitslosigkeit vergrößern.

Abg. Gornisch (D. Ep.): Schuld an der Kohlenkrise sind die Erze. Wir sind für Überweisung der Vorlage an den Ausschuh.

Abg. Gnos (Rechtssoz.): Schon die Tatsache, daß es in England, wo keine Revolution war, eine Kohlennot gibt, beweist, daß die Revolution bei uns dafür nicht hilfreich zu machen ist.

Abg. Dr. Lebbig (D. Ep.) behauptet, daß die Geradeninderung der Arbeitszeit eine wesentliche Ursache unserer Kohlennot sei.

Abg. Hauke (Rechtssoz.): Man sollte den Arbeitern einen Anteil an der Produktion geben. In der mangelhaften technischen Einrichtung der Erze ist ein wesentlicher Grund der Kohlennot zu finden.

Damit schließt die Besprechung. Das Geset wird an den Staatshaushalt überwiesen. Es folgt die Weiterberatung des Etats des Ministeriums für Volkswohlfahrt.

Wohlfahrtspflege und Wohnungsnot.

Abg. Dr. Bronisch bemängelt, daß während des Ministeriums in großer Wohnungsnot sei, im Herrenhaus eine isogonische Behörde, der Zentralrat, ste. Das Wohlfahrtsministerium muß vor allem für Kultur des Familienlebens einstehen.

Abg. Dr. Wehl (U. S.): Der Wohlfahrtsminister müßte ein Diktator sein, um die Schwierigkeiten — vor allem die den höchsten Geheimräte — überwinden zu können. Wenn der Reichsherr ein Loblied auf die christliche Wohlfahrt gestungen hat, so können wir dagegen ganz ruhig sein. Das Christentum aller Konfessionen hat die Heiden gesegnet, die in den minderlichen Krieg gezogen wurden. Wir erkennen ganz an, was Gutes geschehen ist, aber entgegen dem Beharren in mittelalterlichen Zuständen muß schmerzhaft vorgegangen werden, selbst wenn die Geirischen herien sollten. Jede Maßnahme hat zu Kooperation gegenüber den feindlichen Mächten, die dem Volkswohl im Krieg gefolgt wurden. Wenn in den minderbemittelten Schichten eine Geburtenbeschränkung einsetzt, so kann ihre nur durch Regelung der wirtschaftlichen Lage dieser Schichten beseitigt werden.

Darüber hinaus ist unsere Aufgabe, alles zu tun, was die Säuuglingssterblichkeit herabzubringen kann. Das ganze große Gebiet der Jugendfürsorge muß intensiv ausgebaut werden. Wo Eltern aus irgendwelchen Gründen ihre Kinder nicht ausziehen können, muß die Allgemeinheit eintreten. Dazu ist freilich viel Geld notwendig und leider ist das Verhältnis zwischen Finanz- und Wohlfahrtsministerium von klemmendem Geist erfüllt. Geradezu lächerlich sind die zur Bekämpfung der Volkssünden aufgeworbenen Beiträge. Der Kampf gegen diese Krankheiten muß von neuen Geist erfüllt sein und hat nicht mehr gegen ihre Erscheinungen, sondern die sozialen Ursachen richten. Erst mit Befreiung des Privat Eigentums werden diese mörderischen Sünden verschwinden. Bei der Bekämpfung der Prostitution ist die Situationspolitik zu befestigen und gemeinnützige Pflegerinnen zu errichten. Leider sind die Anregungen der rätlichen Abgeordneten vom Minister unberücksichtigt geblieben.

Der Staatlich zu organisierenden Bekämpfung der Tuberculose muß durch Befreiung des Wohnungslebens zur Seite gelangen werden. Der kapitalistischen Wohnungsspekulation müssen wir

den Boden entgegen. Die Wohnungsfürsorge hat in jeder Hinsicht eine übertragende Bedeutung. Auch die allgemeine Einführung der Familienversicherung ist eine wesentliche Befriste. — Das ist allerdings Reichsfrage.

Wir fordern anßerdem eine Reform des bisher anscheinend verhassten Medizinalwesens:

Die versorgungsbedeute Preussische Landesversicherung sollte beschließen: daß das Gesundheitswesen auf der Grundlage der Bergesellschaftung und der Unentgeltlichkeit des Heilwesens und der Geburtshilfe sowie der Bergesellschaftung der Herstellung und des Verkehrs von Arznei- und Heilmitteln durch ein Reichs-Gesundheitsministerium veranlagt wird. (Beifall)

Der Unterstaatssekretär Scheer gibt ein WB über die Schwierigkeiten, die sich einer Behebung der Wohnungsnot stellen entgegenstellen.

Darauf verlegt sich das Haus auf Dienstag.

Zur Washingtoner Arbeiterkonferenz.

Amsterdam, 10. September.
Der Sekretär des internationalen Gewerkschaftsbundes Finna erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter des Maties „Der Volk“ bezüglich der Arbeiterkonferenz, die am 21. Oktober in Washington stattfinden soll, auf Grund mündlicher und schriftlicher Mitteilungen, die dem internationalen Gewerkschaftsbunde zugegangen seien, habe man anfangs erwartet, daß die Deutschen und Oesterreicher eine Einladung zu der Washingtoner Konferenz erhalten würden. Finna sagte, er müßte jedoch jetzt zu seinem Bedauern feststellen, daß der Oberste Rat nicht geneigt zu sein scheint, den Deutschen und Oesterreichern Einladungen zu senden. Allerdings bestehe die Absicht, den Delegierten der Zentralmächte die Erlaubnis zu erteilen, als Privatpersonen nach Washington zu kommen, und es der Washingtoner Konferenz zu überlassen, ob sie diese Delegierten zulassen wolle oder nicht.

Wie Finna mitteilte, stellen sich die englischen Gewerkschaften ebenso wie diejenigen Norwegens, Schwedens und Dänemarks auf den Boden der Entschlieung des Amsterdamer Gewerkschaftskongresses, in der die Vertretung der Deutschen und Oesterreicher auf dem Washingtoner Kongress gefordert wird. Auch die holländischen Gewerkschaften werden sich, obwohl noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt worden sind, lediglich an die Entscheidung halten. Die Entschlieung des Amsterdamer Kongresses sei mit Überwältiger Mehrheit angenommen worden. Daher könne nichts anderes erwartet werden, als daß auch die übrigen Gewerkschaften sich an sie halten werden.

Keine Lösung der russischen Frage.

Amsterdam, 10. September.
Nach einer Meldung des „Tremson Handelsblad“ aus London hat der Pariser Korrespondent der „Morning Post“ im Gegenzug zu allen anderslautenden Berichten von dem französischen Ministerium des Auswärtigen erfahren, daß der Oberste Rat nicht daran gedacht hat, die russische Frage zu besprechen und daß sie nicht zur Sprache gekommen ist. An der Pariser Woche hat der Ankauf russischer Industriewerte in der letzten Tagen zugenommen.

Französische Truppen für Armenien.

Verailles, 12. September.
Eine französische Division in Stärke von 10 000 Mann wird nach Armenien geschickt. Sie soll in Alexandrette landen, um den Bezirk von Adana an der Bagdadbahn zu besetzen. Die Presse glaubt nicht, daß die französischen Truppen schon diesen Winter bis nach Egerem vordringen können.

Aus der Partei.

Glänzende Fortschritte in Halle und Saalfelds.

Unsere Partei machte in Halle und dem Saalfelds seit November 1918 glänzende Fortschritte. In Halle wuchsen bis zum 31. März 1828 Mitglieder, vom 1. April bis 30. Juni 1440 Mitglieder. Trotz der Erhöhung des Mitgliedsbeitrages ab 1. Juli hatte der Gewinn von diesem Tag bis zum 31. August wieder weit über 1000 Neuanmeldungen zu verzeichnen. Im Jahre 1914 gehörten der alten Partei in diesem Kreis 8400 Mitglieder an. Am 31. März 1919 wählte der Kreis, der sich nach der Spaltung der unabhängigen Sozialdemokratie aufteilte, 12 800 Mitglieder und legt mit den Ausnahmen seit dieser Zeit ungefähr 14 000 Mitglieder.

Das sind Zahlen, die das Wachstum unserer Partei deutlich veranschaulichen und auf die die Kollegen und Genossen stolz sein können.

Auch im schwarzen Bezirk voran!

Im Kreise Weesow, der für unsere Organisation immer ein Schmerzenskind war, hat sich nach bedäunungswürdigem Verlehen unseres Parteiesskisses Genossen Schmidt die Paz der Ortsgruppen bereidt verdoppelt. Mann haben wir der S. P. D. abgenommen. In Weesow, Wendisch-Buchholz, Strogang, Kalpin haben wir neue Ortsgruppen gegründet und in diesen anderen Orten auf vorgeschritten; es geht also überall richtig dornwärts.

Aus der Parteipresse.

Die soeben erschienene Nr. 38 der unabhängigen sozialdemokratischen Wochenzeitung „Der Sozialist“ enthält folgende Leitungen: Die Logik der Willkürherrschaft, von Otto Jensen; Aus der Geschichte der sozialistischen Internationalen, von A. Crispian; Der Streit der Hamburger Anarchisten, von Heinrich Weig; Aus der Internationale.

„Der Sozialist“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag A. Weisbach, Berlin W. 15, zum Preise von monatlich 5 M. zu beziehen. Preis der Einzelnummer 60 Pf.

Achtung! Postbezieher!

Quartalswechsel!

Wir bitten unsere Abonnenten, welche die „Freiheit“ durch die Post beziehen, wegen des bevorstehenden Quartalswechsels das Abonnement sofort zu erneuern, damit keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt.

Die Metallarbeiterbewegung.

Die Gesamtlage hat gestern keine Veränderung erfahren. Die Teilstreiks haben sich in einigen Betrieben ausgedehnt, in anderen ist die Zahl der Streikenden zurückgegangen. Auch die bürgerliche Presse war weniger prog-

Von drei Mitgliedern des Schlichtungsausschusses, den Genossen Schlichting, Rieliß und Biese, erhalten wir folgende Botschaft:

In der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom Mittwoch, den 17. dieses Monats, wird der Brief des Reichsarbeitsministers Schlichte, den er an den Deutschen Metallarbeiterverband wegen Abbruch der Schlichtungsverhandlungen geschrieben hat, veröffentlicht.

Es heißt dort u. a., der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses hat nur in wenigen Fällen durch seine Stimme den Ausschlag gegeben. Im übrigen fanden die Stimmen der Parteien einander nicht gegenüber.

Die unterzeichneten drei Mitglieder des Schlichtungsausschusses stellen hiermit fest, daß dies sachlich unrichtig ist. Die Schlichtung stellen hiermit fest, daß dies sachlich unrichtig ist. Die Schlichtung stellen hiermit fest, daß dies sachlich unrichtig ist.

Wir behaupten, daß die Öffentlichkeit und der Herr Arbeitsminister durch die solche Darstellung ein ganz anderes Bild erhalten, als wie es sich in Wirklichkeit zugezogen hat und vorsetzen uns mit aller Entschiedenheit dagegen daß aus den Verhandlungen des Schlichtungsausschusses eine Vorstellung gegeben wird, die keinesfalls den Tatsachen entspricht.

Gewerkschaftliches.

Der Holzarbeitertarif gescheitert.

Wie das Unternehmertum strupplos alle Versuche der Gewerkschaften, bei voller Wahrung der Rechte und Ansprüche der Arbeiter die Lohnirregularitäten auf friedlichem Wege zu schlichten, hinter sich zu lassen, zeigt aufs neue das Schicksal des Holzarbeitertarifes für die Holzindustrie.

Der Herr Reichsarbeitsminister hat die Holzarbeiterbewegung im Holzindustriegebiet in der Holzindustriegebiet in der Holzindustriegebiet in der Holzindustriegebiet.

Die Ablehnung des Tarifes bedeutet somit, daß die Unternehmung des Holzgewerbes der gefährlichsten Bedenken dem Abbruch des Tarifes entgegensteht, sondern um in einigen Fällen auf ihrem Schein zu bestehen.

Der Holzarbeiterverband hat es natürlich abgelehnt, sich dem Gebot der Unternehmer zu beugen. Die Holzarbeiterzeitung erklärt, daß es Aufgabe der Gewerkschaften sei, dem Inhalt des Reichsarbeitsgesetzes Geltung zu verschaffen.

lich oder mit den einzelnen Unternehmern gesucht werden. Die Verantwortung für die Folgen des tariflosen Zustandtragens auch in diesem Falle die Unternehmer allein.

Die Bäcker und Konditoren gegen Arbeitsgemeinschaften.

Eine äußerst gut besuchte Mitgliederversammlung der Pöhlstelle Berlin des Bäckerverbandes beschloß sich am Donnerstag mit den zwischen den Unternehmerverbänden und den führenden Gewerkschaftsinstanzen abgeschlossenen Arbeitsgemeinschaften.

Die Mitgliederversammlung des Bäckers- und Konditorverbandes, Pöhlstelle Berlin, erbißt in den Arbeitsgemeinschaften die zwischen den führenden Gewerkschaftsinstanzen und den Unternehmerverbänden gebildet worden sind, kein Mittel, die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der kapitalistischen Ausbeutung herbeizuführen.

In einer weiteren Resolution wird die Ortverwaltung beauftragt, alle erforderlichen Schritte einzuleiten, um im Interesse der Mitglieder dahin wirken zu können, daß ein Ausgleich zwischen den immer noch steigenden Lebensmittelpreisen und den Löhnen herbeigeführt werde.

Eine Versammlung der Arbeiter, Kronenschlosser und Kronenblechler nahm Stellung zu ihrer Lohnbewegung. Der Branchenvertreter Obert erklärte die bis jetzt erfolglosen Verhandlungen und kam zu dem Ergebnis, die Unternehmer wollen kein Einigen kommen lassen.

In einer überfüllten Versammlung der Zimmerer sprach Genosse Sommerfeld (L. S. P.) über das Rätesystem, wobei er die augenblicklichen wirtschaftlichen Zustände in Deutschland skizzierte. Es gebe kein anderes Mittel mehr, um Deutschland zu retten, als zur Sozialisierung zu greifen.

Die Ortverwaltung des Deutschen Musiker-Verbandes hielt am 18. d. M. ihre Monatsversammlung ab. Einmütig wurde der Antrag des Vorstandes angenommen, eine einmalige Umlage von 6 M. pro Mitglied zu erheben um einen Streikfonds zu bilden.

Eine Branchenversammlung der Schnittarbeiter, Presser, Stanger und der in der Knopf- und Korsettanlagenindustrie Beschäftigten Kollegen und Kolleginnen beschloß nach einem Bericht der Agitationskommission die gesamten Kollegen der Kommission.

stimmig angenommen, die die Ortverwaltung sowie die Branchenleitung auffordert, Schritte zu unternehmen, damit die gesamte Arbeiterschaft in der Metallindustrie zu ihrem Rechte kommt.

Die freie Reichsfinanzverwaltung für sozialistisches Bildungswesen.

Am Freitag vormittag die Diskussion über das sozialistische Schulprogramm fortgesetzt wurde, schritt man auf Antrag Rosenfeld zur 10. Sitzung der Kommissionen.

Die dann fortgesetzte Diskussion über das sozialistische Schulprogramm förderte die verschiedensten Auffassungen, zwischen Materialismus und Idealismus. Es drehte sich im wesentlichen um drei Punkte, ob die Erziehungs- und die Jugendfrage an und für sich schon im Sozialismus enthalten ist oder ob sie, wie die Anhänger des Proletarismus behaupten, eine ureigene Angelegenheit ist, die sich nicht ohne weiteres mit Sozialismus zu decken läßt.

Die sozialistische Schulorganisation.

Am Nachmittag hielt Genosse Luferte sein Referat über „Sozialistische Schulorganisation“. Weder mit dem Vorwärts auf die soziale Revolution, noch mit der von Bücheler geforderten Freiheit der Jugend dürfe man sich zufriedengeben.

Der Korreferent von A besprach die Einrichtung von drei bis vier gleichzeitigen Kurien von vier bis sechs Wochen. Die Diskussion bewegte sich auf weiterein mehr in prinzipiellen Auseinandersetzungen. Luferte und Schwab betonten die psychotechnische Seite der Erziehung.

Groß-Berlin.

Die aufgedeckten Neuköllner Lebensmittelhehungen.

Der Neuköllner Arbeiterrat schreibt uns: „Durch die Tagesblätter wird allgemein bekannt, daß sich der Neuköllner Lebensmittelkommission in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Neuköllner Arbeiterrat über die Lebensmittelhehungen besprochen hat.“

Die Behauptungen der Lebensmittelkommission und des Neuköllner Arbeiterrates gegenüber wollen wir folgende Tatsachen feststellen: Es ist nachgewiesen, daß sich Angehörige der Gemeinderverwaltung als an geschäftlichen Lebensmittelhehungen beteiligten haben.

Das von unserem Referenten im Auftrage des Volkswirtschaftsausschusses Neukölln in der öffentlichen Sitzung des Referats vom 11. September d. J. Neuköllner Bevölkerung unterbreitete Material ist dem Arbeiterrat von den Staatsanwälten Bode und Dr. Fall von Dr. O. H. Volkmann, Berlin zur Verfügung gestellt worden.

Zur Aufklärung des Magistrats, Neukölln mit einem Antrag über die Lebensmittelhehungen zu belegen, bemerken wir ausdrücklich, daß auch unterversteckt alles unternehmerisch wird, um der Neuköllner Bevölkerung die ganze Wahrheit zu übermitteln.

**Das Ende des Schrippenkrieges und die kommunale Mühl-
belieferung.**

Die Freie Vereinigung der Bäckereimeister hielt am 17. d. M. eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der zunächst über den in Dresden satzungsgemäß anberaumten Vorstand der Freien Vereinigungen beschuldigt wurde. Der Referent hervorzuheben, hat sich der Vorstandsbildung — trotz einiger Mängel — auf den Standpunkt gestellt, daß die kommunale Mühlbelieferung der Bäckereien mit Rohmaterialien unter den heutigen Verhältnissen nach das Beste ist. Infolgedessen haben auch die Mitglieder der Freien Vereinigung am 17. d. M. ihre Geschäfte nicht geschlossen. Die Versammlung, die sehr stark besucht war, erklärte sich mit der Stellungnahme ihrer Delegierten auf dem Verbandstage einverstanden. Der Vertreter vom Fachauschuß berichtete sodann über den bisherigen Schrippenkrieg. Bisher gestattete der Magistrat den Bäckern das Schrippenbrot unter Zugabe von Mehl, Salz und Kohlen pro Pfund mit 25 Pfennigen. Mit diesem Vorkauf waren die Bäckern im allgemeinen nicht einverstanden. Wie der Referent mitteilte, hat sich der Vertreter der Freien Vereinigung im Fachauschuß dahin erklärt, den Bäckereimeistern in der Freien Vereinigung zu empfehlen, das Pfund Mehl mit einem Vorkauf von 40 Hfg. zu kaufen; das selbe empfahl er der heutigen Versammlung. Die Versammlung erklärte sich nach heftiger Diskussion damit einverstanden.

Zur Eröffnung der Volkshochschule in Neutölln.

Am Sonnabend, den 20. d. M., 7 1/2 Uhr abends, wird der bekannte Volkshochschullehrer Herr Dr. Knappstein in der Aula der Realschule, Neutölln, Boddinstraße 34/41, einen Vortrag halten über das Thema: „Was können Gemeinde und Bürgerchaft für das Volkshochschulwesen tun“. Der Vortrag wird mit Müdigkeit auf die bevorstehende Eröffnung der hiesigen Volkshochschule empfohlen. Der Eintritt ist unentgeltlich.

Ein Verkehr am Lehrter Güterbahnhof. Auf der Fertigstellung am Lehrter Güterbahnhof lagern ca. 80 Tausend Fische, Schellfische, Hele, Hühling usw. Die vollkommen verrotten sind. Ratten und Fliegen sind zu Tausenden darauf und bilden eine große Gefahr für die dort beschäftigten Arbeiter und Beamten. Bei der großen Verwesungsgeruchhaftigkeit ist es ein Verbrechen an der Berliner Bevölkerung, diese Waren verkaufen zu lassen, statt sie billiger zu verkaufen. Am Freitag mittag hat endlich die städtische Abwässerungsanstalt eine Bodenlebung abgeholt. Es liegen dort aber noch in großer Zahl Ratten und Mäuse, Schellfische usw., die den Fliegen und Ratten als Nahrung dienen. In der Nähe werden andere Lebensmittel ausgegeben, die dadurch verpestet werden. Wir verlangen, daß die Sanitätspolizei sofort eingreift, damit nicht erst Seuchen zu befürchten sind.

Herr Kippich hält in einer neueren Aufschrift an und daran fest, daß er die ihm in den Mund gelegten Anschuldigungen nicht zuzulassen hat und daß der Referent in der Volkshochschulversammlung des Neutöllner Arbeiterrats falsch informiert worden sei. Auf andere Anfrage wegen des Disziplinarverfahrens gegen Neutöllner Polizeibeamte stellt uns Herr Kippich mit, daß gegen diese ein Strafverfahren bei der Staatsanwaltschaft schwebt. Von dem Ausgang dieses Verfahrens sei das Disziplinarverfahren abhängig zu machen. — Wir müssen nunmehr an die Staatsanwaltschaft die Frage richten, wie weit das Verfahren gediehen ist, nachdem es schon mehrere Monate schwebt?

Eine Vollversammlung der Vertrauensleute sämtlicher Groß-Berliner Zigaretten, die gestern tagte, ersucht in einer Resolution, die Regierung zu veranlassen, daß die am 23. August 1919 im früheren Gebäude des Vollzugsales, Keller 23, Zimmer 21, der Zigarettenkommission Groß-Berlin beschlagnahmten Sachen wie Akten, Klassenbücher, Protokolle usw. sofort freigegeben werden. Die Erregung über diese ungerechte Maßnahme unter den Zigarettenfaktoren ist so groß, daß die Vertrauensleute die Verantwortung für die daraus entstehenden Folgen ablehnen.

Veränderung im Straßenbahnverkehr. Aus Anlaß des Baues der U-Bahn in der Dresdener Straße werden die Wagen der Linien 6, 11, 27 u. 32 bis auf weiteres zwischen Oranienplatz und Dresdener Straße, Ecke Prinzenstraße, vom 22. d. M. ab in beiden Richtungen über Oranienstraße, Moritzplatz, Prinzenstraße umgeleitet.

Gegen die Einbürgerung hat sich in der letzten Sitzung die Mehrheit der Gemeindevorsteher in Frankfurt ausgesprochen, indem sie es ablehnt, diese Wehr finanziell zu unterstützen.

In unserer Stadt über den wesentlichen Arbeitsnachweis in Wien aus teilt uns die Gewerkschaft, der wir die Angaben verdanken, mit, daß der Arbeitsrat durch eine Personenerhebung ungewissermaßen in die Wüste gezogen worden ist. Die Neuerung, daß eine Abhebung der Reichs- zu den Bedingungen der Reichswehr die Entziehung der Unterstützung nach sich zieht, sei von einem Herrn Köppel gemacht worden. Dieser Herr wurde dem betz. Arbeitsrat als ein Mitglied des Arbeitsrats bezeichnet. In Wirklichkeit ist dieser Herr aber Vorsitzender des Ar-

beitsratswesens der Gemeinde. Der Arbeitsrat hatte also mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun.

Einen schlichten Hinweis auf Kosten der Arbeitlosen leitete sich gestern ein gewissermaßen Mensch. Der „Berl. Morgenpost“ brachte eine kleine Anzeige, die für das Stahlhäger Sief in der Bismarckstraße 30 Arbeiter zu einem Stundenlohn von 3,70 M. verlangte. Es fanden sich nicht nur 30 Arbeiter, sondern schon vor Eröffnung des Geschäftes 300 Personen ein. Herr Sief war erstaunt, da er von dem Institut nichts wußte. Die Arbeiter waren also vergeblich erschienen, Herr Sief, der anscheinend einem Hochadeln zum Opfert gesessen war, zog Pöhliger hinzu, um die Arbeitstendenzen zu verdeutlichen.

Derartige Späße, bei denen die Arbeitlosen die Leidtragenden sind, sollten doch unterbleiben. Im übrigen liefert der Vorkauf eine treffliche Illustration zu der Verleumdung der Arbeitlosen, daß sie nicht arbeiten wollen.

Eine wilde Jagd nach einem Mörder rief Donnerstag abends in der Künzstraße eine große Aufregung hervor. Dort war in dem Futtergeschäft von Davidsohn Radj, eine 21 Jahre alte Charlotte Kiewitz als Verkäuferin angestellt. Als sie um 8 1/2 Uhr allein im Laden war, erschien plötzlich der 22 Jahre alte Volksg.-Sicherheits Soldat Fritz Tabmann aus der Kaserne in der Prinz-Friedrich-Strasse und streckte sie aus verächtlicher Liebe mit drei Schüssen aus seiner Arma-Dreiwinkelwaffe nieder, weil sie vor einigen Tagen das Verlöbniß mit ihm, gelöst hat. Das Mädchen wurde so schwer getroffen, daß es schon auf der Rettungswache in der Landwehrstrasse starb. Der blutige Vorgang wurde von der Straße her bemerkt und wurde gleich eine Revolverjagd daran. Ein Mann der Wäcker den Ladeneingang versperrt und floh deshalb die Haustreppe hinauf. Im dritten Stock landete er an einer Wohnung an. Den Leuten, die ihm abwärts hinauf stiegen, erklärte er, daß er einen Verbrecher verfolgen. Er glaubte dem aufgeregten Manne, weil er ja die Uniform eines Polizeisoldaten trug, und weil sie von dem Wort im Laden noch nichts wußten. Dahinmann stürzte durch die Wohnung zur Hintertür hinaus nach dem Boden und auf das Dach. Unterdessen erklärten Beamte des 18. Reviers und nahmen mit Beugen des Frazes die Spuren des Flüchtlings auf. Dieser war nach dem Dach des Nebenhauses gegangen. Hier eilte er vom Boden die Treppe hinunter nach dem Hof, und als er auch hier den Ausgange nicht frei fand, über Mülleimer und eine Mauer hinweg nach dem zweiten Nachbargebäude, dort wieder die Treppe hinauf. Im dritten Stock wiederholte er den Trick der „Verfolgung eines Verbrechers“, und er gelang ihm abermals. Von neuem auf das Dach gelangt, setzte er die Flucht über die Dachordächer fort und durchwand endlich durch eine Bodenleude. Hier ging die Spur verloren. Der Flüchtige ist 1,68 Meter groß, hat mittelblondes Haar und ein bartloses Gesicht, trägt grüne Uniform mit Wiedemannscheide und schielt auf dem linken Auge. Angaben, die zu seiner Ermittlung dienen können, nehmen die Kriminalkommission Voegel und Legemeyer entgegen.

Neberfall im Tiergarten. Bei einem räuberischen Überfall im Tiergarten (siehe Verleht wurde in der Nacht zu gestern ein Lehrer H. aus Charlottenburg. Er hatte abends in einem Bureau in der Rauerstraße mit mehreren Herren eine Sitzung, die sich bis 3 Uhr nachts andauerte. Um 200 Meter vom kleinen Stern entfernt näherte sich ihm ein Mann in Soldatuniform und schoß dreimal auf ihn. Von zwei Kugeln an der Brust leicht und in das Becken schwer getroffen, brach der Lehrer zusammen. Auf seine Hilferufe trat der Häuptling, während dem kleinen Stern der ein anderer Soldat dem Gefallenen zu Hilfe kam. Dieser nahm den Lehrer ermannd und heraußen wollen. Es kann sich aber auch um einen Geisteskranken handeln. Auf die Ergreifung des Verdächtigten hat das Polizeipräsidium eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Der Leichenfund im Teltowkanal, der den Verdacht eines Kapitalverbrechens erweckt, ist jetzt bestimmt aufgeführt. Die Tote ist eine Arbeiterin Helena Erdmann aus der Röhndstraße 31, die in einem Hotel in der Friedrichstraße beschäftigt war. Die Obduktion hat ergeben, daß sie ertrunken ist, und daß die schweren Kopfverletzungen erst nach dem Tode entstanden sind, wahrscheinlich durch Bootskanten oder Dampferankern.

Ein Kinder- und Jugend-Sport- und Spielfest veranstaltet am Sonntag die Freie Turnerschaft Neutölln-Verein. Mittags 1 Uhr führt die Turnerschaft den Festzug vom Neutölln nach dem Jubiläumssportplatz in der Grenzallee. Den Reizeisübungen folgen in bunter Reihe Spiel und Sport.

Reinfall der Rechtssozialisten in Treptow-Baumhulenweg. Sehr erregt ging es Mittwoch abend in der Versammlung der S. P. D. in Treptow-Baumhulenweg zu. Der Herrrat Hansbrod ergriff sich in lange persönliche Anzettelungen gegen unsere Genossen, u. a. gegen Rich Müller. Den Betriebsrat-Größenhaus befürwortete er in Bausch und Vogel, ohne ihm auch nur ein Wort der Kritik zu widmen. Von unseren Genossen Schleib, Lembert, Wiedler wurde in sachlicher Weise gegen den Gehenshaus Stellung genommen. Die tugigen

Ausführungen bewiesen, daß auch der weitaus größte Teil der S. P. D.-Versammlungsteilnehmer seine Zustimmung dazu gab. Trotz des wiederholten Versuchs des Referenten, im Endgültigen die Versammlungsteilnehmer gegeneinander zu heben, war der Wunsch nach einer weiteren tugigen sachlichen Auseinandersetzung allgemein. Sie wird in einer demnächst einzuberufenden Versammlung vor sich gehen.

Tempelhof. Die Versammlung der S. P. welche zum „Vertriebsratsgericht“ Stellung nahm, hatte einen Referenten, der über alles andere, nur nicht zum Thema sprach. Trotzdem wird der Referent das Gesetz als einen Schritt auf dem Wege zur Sozialisierung. Der Referent erzielte gegen die immer frecher werdenden Militärs, gegen die Reaktion von rechts und gegen die U. S. V. unserer Genossen Leuchter, Bader, Schmidt und Reumann war es ein Verbrechen, die Angriffe auf die U. S. V. abzuwehren. Die Resolution der S. P. wurde durch den Versammlungsteilnehmer als angenommen erklärt, trotzdem die Entscheidung zweifelhaft war.

Belten. Auf Abschnitt II der Kohlenkarte Nr. 1/100 werden am Sonnabend auf dem Bahnhof vom Kohlenhändler K r e g Kohlen abverkauft. — Am Montag im Konsumverein 1 Wd. Ruben.

Lebensmittelfalender.

Berlin. Die 25. Abtheilung 23a-g der Berliner Kartoffelkarte behalten bis zum Mittwoch, den 24. September d. J. einschließlich Gültigkeit. Auf die 25. Abtheilung 23a-g dürfen vom Mittwoch, den 24. September d. J. ab 7 Vrd. Kartoffeln abgegeben und entnommen werden.

Spandan. Die noch vorhandenen Bestände an Tischer Käse können auf Teil 204 der Lebensmittelfalender abgegeben werden, und zwar 125 Gr. zum Preise von 80 H.

Giltenke (Kochsalz). 3 Büchsen Milchsuppen, 1000 Gr. omerk hantisches Weizenmehl. Für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre 400 Gr. Kindergerstenmehl. Bis Mittwoch Anmeldung.

Aus den Organisationen.

Referentenkursus. Heute, Sonnabend, 6 1/2 Uhr, Bildungsschule, Schillerstr. 5.

4. Disziplin. Am Sonnabend, den 20. und Montag, den 22. d. Mts. findet zwischen 5-8 Uhr die Urwahl für die Disziplinleitung in den bekannten Lokalen statt.

Tempelhof. Die Betriebsräte resp. Vertrauensleute oder Mitglieder der U. S. V. in sämtlichen Betrieben Tempelhof werden ersucht, ihre Adressen an die U. S. V.-Abteilung des Arbeiterrats Tempelhof, Doestr. 2, schnellstens einzureichen.

Bereinstalender.

Wohltätig. Am Sonnabend, nachmittags 6 1/2 Uhr, Jahrestagung der Hauptversammlung Grunow und der umliegenden Betriebe in Charlottenburg, Rosenstr. 4. Vortrag: U. S. V. und Gewerkschaften. Freie Aussprache. Genossen bringen eure Frauen mit, Maskenball und Gelber. Schmilke Kollegen des Elementar Kongress! Am Sonntag, den 21. September, vormittags 9 Uhr, findet eine Versammlung im Volkshaus zu Charlottenburg, Rosenstr., statt. Stellungnahme zum Schiedsspruch.

Technische Bühnenpersonell! Sonntag vorm. 9 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Bühnenpersonallversammlung. Bericht über die Verhandlung mit dem Verband Berliner Bühnenleiter.

Internationaler Bund der Kleingewerbetreibenden, Teilnehmer und Hinterbliebenen. Die Mitglieder des Bezirks I treffen sich am Sonntag mittags 2 Uhr am Kaiser-Friedrich-Denkmal zum Ausflug nach Stadtpark Jungfernhöhe.

Freie Jugend Groß-Berlin. Der Referentenkursus findet heute nicht statt.

Die Berliner Sportvereine „Nordsee“ veranstaltet am Sonnabend, den 20. September, im Reichler Schützenhaus, Pflanzengraben, einen großen Ringkampf, an dem die besten Ringler Berlins und von auswärts teilnehmen. Anfang 6 1/2 Uhr. Der Verein hält seine Übungen von nunmehr Mittwoch und Sonnabend von 8-10 Uhr in der Turnhalle der Schule Zingststr. 33 ab. Gäste für Männer und Jugendabteilung herzlich willkommen.

Briefkasten.

P. 2. 100. Wenn Sie erst Anfang Mai d. J. aus der Kirche ausgeschieden sind, müssen Sie die Kirchensteuer für das Jahr 1918 entrichten.

Aus den Ainos.

Was einschließlich Montag nächster Woche gelangen zur Aufführung: Volks-Schiffspiel, Müllerstr. 108; Das Rosormäuschen, Gesangsverein; Mittags-Spiel, Schönhauser Allee 150. Die Besuche im Volks-Dauptrasse: Leo Kara.

Merkt! Heule, Pöhlstr. 20: Die Verkäuferin von Hans Gyan, 6 Hkte. Aufschwung für den alten Berlin.

Neue Bühnenarbeiten, Kassenstr. 207: „Oscarin“, Hof von Stambul mit Frau Pojora.

Schauburg-Schiffspiel, Androssstr. 64: Persönliches Auftrien von Paul Hedemann in dem Hülfsstück „Ein heißer Tag“.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wietzke, Neutölln. Verlags-Genossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindenbrücker und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schillingstraße 19.

Möbel
Lieferung
gegen bar
und auf
Teilzahlung
zu mäßigen Preisen.
Bürgerliche
Wohnungsrichtungen:
Wohnzimmer
Schlafzimmer
Speisezimmer
Horrenzimmer
in jeder gewünschten
Holz- und Stilart.
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
in großer Auswahl.
Kassner
Bülowsstr. 6
am Nollen-
dorfplatz

**Auf Kredit
und Barzahlung
Möbel**
Herrn- u. Wohn-
Zimmer, Schlaf-
u. Speisezimmer,
Mod. Küchen
Einz. Möbel sowie
ganze Ausstattungen
Banan- u. Heron-
Konfektion
Lichte Zahlungsweise
Kredithaus
ANDERS
Größtes Haus
direkt am Nollenplatz
Reinickendorfer-Str.
16
Pank-Gerichtshausen-Eck
Part. I. u. III. Etage

Tüchtige „Monoline“-Setzer
sicher in Störungen-Itigung,
sofort gesucht.
„Tat“-Ver ag
J. H. Seldenberg & Co., Wilhelmshaven.
Strasenhändler!
Nr. 20 erscheint heute.
Pauschal 30 Pfennig. Exped.
Heil SW 47, Neustädtische Str. 73
Zu den bedeutend erhöhten Preisen
kaufen jede Menge Platin, Gold, Silber,
Münzen, salpeters, Silber, Quecksilber sowie
sämtliche Metalle
Kupfer, Rotgull, Messing etc., Glühstrumpfsche,
Zahnräder etc. (Zahn bis 23 Mark).
Edelmetall-Einkaufsbüro, Schmelzerei
Weberstraße 31 :: (Telephon 4241)
Kupfer — Messing — Quecksilber
Platin, Gold, Silber, Metallabfälle u. Almetalle
kauft:
Peterson, Prenzlauer Straße 24,
Peterson, H.-Neudorfer-Strasse 12,
Hahn, Waldstrasse 3, Ecke Turnstraße,
Ermel, Carobenerstraße 59, an der Frank-
furter Allee,
Degener, Schönberg, Bahnstraße 46,

**Kupferdrähte
Metalle
Rabel und Litzen**
für Auslandsbedarf
kauft Kabelwerke
Jacobini-Riedrichstr. 34
amt Platzberg 4538
**Elektrische Lei-
tungsdrähte,
Kabel, Litzen,
Spulen, Dynam-
drähte, Motoren
kauft**
Borgwardt,
Prinzessinnen-Platz 64,
Marienplatz 393.
Felle und Rosshaare
kauft
L. H. Bauer
Nollplatz 10
Schulze, Börsenstraße 64

Möbel
Günstiges Angebot!
Gemeinsames
Wohn- u. Schlafzimmer
1 Kleiderschrank
1 Vertikal
2 Bettstellen
2 Patentbetten
2 drehbare Auslagen
2 Kellertische
1 Sofa
1 Ausziehtisch
4 Stühle
Mk. 1405.—
Auf Wunsch Zahlungs-
erleichterung.
**Solzmann
Balle Alhambrastr.
100**
Keramikler spottbillig
für Hühner, Karpfen, Pflanz-
-St. Vogelsträucher — S.
prima Tassen ufer. Falter für
sämtliche Tiere haltig. Wieder-
verkäufer billigere, Woldemann,
Neukölln, Hochbrunnstraße 28,
Quergeb. I.
Messing, Kupfer, Rotgull,
Zink, Messinggull, Blei, Alu-
minium, alte Kronen, Quis-
-lampen, Akkumulatoren, Motoren,
-l. etc. etc. I. P. S. kauft landw.
und zählt die besten Preise.
Hannemann, alte Post, Paul
Mayer, Admiralstraße 27, am
Königsplatz.

anleideschrank
Wacht-Emmende, Baffer, Pano
sacht Dick, Quackstr. 31

Elektromotore
Gleichstrom u. Drehstrom
kaut
Ingenieurbüro auf Schilfiling
Bertha W. K. Linker, 10.
Tel.: Litzow 3205 und 4518
Schreibmaschinen
sichtbare Schrift, gut
erhalten.
kauft sofort gegen Kassa,
Preis, System und Nummer.
Hugo Schroeder,
Charlottenburg, Pflanzstr. 20, 22
W.R.N. 4220.
Dynamodrähte,
Kupferkabel, Installa-
tionsmaterial, etc. Posten,
auch Elektromotoren
Mody
kauft
Schönberg, Vorbergstraße 1
amt Nollplatz 4014.

Herrenkleidung
noch Maß in
ladellosen
Anfertigung
v. 350 M. an
nach Maß in
Inhalt.
Anzüge zum
Waschen an-
genommen.
Lieferung
eines Samen-
kastens.
**Julius
Fabian**
Schauburg-Str.
Graun-Frank-
furter Str. 311.

**Bürgerliche
Möbel**
in guter Ausführung,
herrührend aus
günstigen Einkäufen,
sollich preiswert und
in großer Auswahl.
Lagerbestand lohnend
und ohne jede Ver-
pflichtung zum Kauf.
Auf Wunsch
Zahlungserleichterung.
Möbel-Frese
Weinbergsweg 1
Rosenthaler Platz.

Zigaretten
englische wie deutsche
nur bekannte Marken
Winkler,
Schmiedstraße 39
Ecke Schillerstr.
Matt! Halt! Wollen Sie
elegant gekleidet sein? Hal-
bieren, Heister Str. 24, vorm H.
am Köpenicker Tor, finden Sie
hochmoderne Jacketts, Anzüge,
sowie Utensilien in prima weilten
Stoffen mit Freudenvortz,
entsprechende Farben, auch blau.
Nur erstklassige Maßarbeit.
Preise 50% billiger wie im
Laden! Kommt jetzt und staunt!
Schreibmaschine, billiger,
wird zu kaufen gesucht, Post-
lagerkarte: Berlin NO 29, Nr. 33.

Spiralbohrer.
Kaufte laufend jeden Preis
1000er besondere Präzision
Zehrl's Angebots mit Posten
Peschack, Neue Kott-
straße 34, Prenzler, Alkt.

Nr. 33
der „Freiheit“
vom 1. Dezember 1918 bis
ganzt wird zurückgekauft
vom
Verlag der „Freiheit“
Berlin, Schillingstraße 19
Zimmer 9.

Botenfrauen
werden sofort eingestellt.
Sped. Wutzky, Johannestr.

Zelungsfrauen
sucht Spezial-Hochsch.
Michaelkirchplatz 2.

Groß
Erfolg
haben selbst
kleinen Anzeigen
in der „Freiheit“